

Niederschrift

über die Sitzung am Mittwoch, 16.11.2011 im Kreishaus Borken

Anwesend:

Vorsitz:

Dietmar Eisele Ahaus

Mitglieder:

Arno Berning	Raesfeld	bis 19:35 Uhr (TOP 6)
Heidi Buskase	Gronau	
Volker Jürgen Himmel	Gronau	
Markus Jasper	Heek	bis 19:35 Uhr (TOP 6)
Wolfgang Klein	Ahaus	
Ludger Konrad	Stadtlohn	
Wolfgang Kramer	Gescher	
Paul Lensing	Borken	
Heinrich Lübbering	Vreden	
Klaus Meyermann	Bocholt	Vertreter für Herrn Friedhelm Weikamp
Josef Osterhues	Ahaus	
Theo Sanders	Bocholt	
Bernd Schlippsing	Vreden	
Winfried Semmelmann	Borken	Vertreter für Frau Elisabeth Lindenhahn, bis 19:23 Uhr (TOP 4)
Jens Steiner	Heek	Vertreter für Herrn Gerd Welper
Johann Vering	Heiden	ab 17:25 Uhr (TOP 1)

Gäste:

Herr Ehling	Geschäftsführer Münsterland e. V.	bis TOP 4
Herr Geuckler	Geschäftsführer ZVM	ab TOP 2
Herr Maethner	NordWestBahn	bis TOP 2
Herr Geselbracht	NordWestBahn	bis TOP 2
Frau Hofmann	NordWestBahn	bis TOP 2

Vertreter/innen der Verwaltung:

Dr. Hermann Paßlick
Dr. Elisabeth Schwenzow
Peter Sonntag
Ludger Stienen
Paul Schmeing
Sofia Arnold
Olaf Sobek

Erledigung der Tagesordnung:

Der Vorsitzende Herr Eisele eröffnet um 17:00 Uhr die Sitzung und begrüßt die Erschienenen.

Er stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Einwendungen gegen die Tagesordnung sowie die Niederschrift der letzten Sitzung werden nicht erhoben.

A. Öffentlicher Teil

- Punkt 1: Einführung eines Sozialtickets**
- **Bürgerantrag gem. § 24 GO**
 - **Anfrage der SPD-Fraktion vom 16.10.2011 und Antwort der Verwaltung**
Vorlagen: 0265/2011 und 0278/2011
 - **Beschlussvorlage der Verwaltung**
Vorlage: 0273/2011
-

Berichterstatter: Herr Dr. Paßlick

Herr Eisele weist darauf hin, dass sich die Interfraktionelle Arbeitsgruppe ÖPNV und der Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr und Bauen in der Vergangenheit bereits mehrfach mit der Einführung eines Sozialtickets beschäftigt hätten. Aufgrund der aktuellen Förderung durch das Land NRW werde erneut über das Thema beraten.

Herr Dr. Paßlick erklärt, die Sitzungsvorlage enthalte verschiedene Berechnungsvarianten und gehe ausführlich auf die Unwägbarkeiten bei der Planung zur Einführung des Sozialtickets ein. Die Tendenz bei den anderen Münsterlandkreisen sei ebenfalls, für das Jahr 2012 keinen Förderantrag zu stellen.

Nach einer kurzen Diskussion über die Beratungsfolge nimmt Frau Buskase den Antrag der SPD-Fraktion unter der Voraussetzung zurück, dass eine erneute Beratung und Beschlussfassung für das Jahr 2013 möglich sei.

Herr Steiner kritisiert, die Vorlage der Verwaltung sei zwar sehr umfangreich, auf die Möglichkeit der Einführung eines neuen Tarifes oder einer Rabattierung sei aber nicht eingegangen worden. Es fehle der politische Wille, einen Weg zur Einführung eines Sozialtickets zu finden und frühzeitig mit den Verkehrsunternehmen ein finanzierbares Angebot zu entwickeln. Er bedauere, dass die Zeit bis zum 15.12.2011 nicht ausreiche, um eine tragbare Lösung bereits für das Jahr 2012 zu finden. Durch einen Förderverzicht des Münsterlandes würden die Ballungszentren noch mehr begünstigt.

Die Herren Lensing und Schlipsing entgegnen, der politische Wille sei vorhanden, die finanziellen Auswirkungen könnten derzeit auch wegen der unzureichenden Risikoabdeckung durch das Land NRW nicht abgeschätzt werden. Eine langfristige Finanzierung müsse gesichert sein. Der Einführung des Sozialtickets im Jahr 2012 könne somit nicht zugestimmt werden.

Auf die Frage von Frau Buskase zu möglichen validen Zahlen aus dem Nachbarkreis Wesel antworten Herr Dr. Paßlick und Herr Semmelmann, der Kreis Wesel sei in dem VRR-Tarif eingebunden. Das geplante Ticket koste dort regulär rd. 50 EUR und werde zum Preis von 29,90 € monatlich angeboten.

Herr Stienen berichtet, bei dem Sozialticket müsse es sich um ein Ticket handeln, das bereits auf dem Markt angeboten werde. Für eine kreisweite Geltung reiche die Preisstufe 5 nicht aus. Eine Änderung der Tarifstruktur sei sehr schwierig und obliege den Verkehrsunternehmen, auf die der Kreis Borken nur begrenzt Einfluss habe.

Herr Dr. Paßlick ergänzt, bei der landesweiten Einführung eines Sozialtickets müsse mit Kosten in Höhe von 150 Mio. EUR gerechnet werden. Das Land NRW zahle aber lediglich Fördergelder in Höhe von 30 Mio. EUR. Die ZVM-Tarifkommission werde sich weiter mit dem Thema befassen. Bei den Beratungen in 2012 könnten die Erfahrungen der Kreise mit berücksichtigt werden, die ein Sozialticket bereits in 2011 oder 2012 eingeführt hätten.

Auf die Fragen der Herren Lensing und Eisele nach den Einschätzungen der Bürgermeister zum Sozialticket antwortet Herr Dr. Paßlick, die Bürgermeister im Kreis Borken seien mit Ausnahme von Herrn Nebelo gegen die Einführung eines Sozialtickets. Die Stadt Bocholt überlege derzeit, für ihr Stadtgebiet ein entsprechendes Ticket einzuführen. Bewertungen der Bürgermeister aus den Nachbarkreisen würden nicht vorliegen.

Herr Eisele regt an, die Interfraktionelle Arbeitsgruppe ÖPNV solle über die weiteren Planungen der Stadt Bocholt informiert werden.

Herr Stienen teilt auf Nachfrage mit, die Städte Unna und Dortmund hätten bereits im Jahr 2008 ein Sozialticket eingeführt. Beide Städte hätten mittlerweile aufgrund der hohen Kosten den Eigenanteil angehoben und den Ticketwert reduziert. Die Nutzerzahl in Dortmund habe sich daraufhin von 24.000 auf 7.500 verringert. Er erläutert daraufhin die Abhängigkeiten des Zuschussbedarfes vom angebotenen Ticketwert und der Höhe des Eigenanteils. Ein hoher Ticketwert und ein niedriger Eigenbeitrag führten zu hoher Nachfrage und entsprechend hohem Zuschussbedarf. Bei einem geringen Ticketwert und einem hohen Eigenbeitrag würden Nachfrage und Zuschussbedarf sinken.

Herr Eisele lässt zunächst über den weitergehenden Antrag der Verwaltung (SV 0273/2011) abstimmen:

Beschluss: 10 Ja-Stimmen
5 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen

Dem Kreistag wird empfohlen, die Einführung eines Sozialtickets abzulehnen.

Sodann lässt Herr Eisele über den Bürgerantrag abstimmen:

Beschluss: 15 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen

Die Anregung der Partei „DIE LINKE. Stadtverband Bocholt“ wird abgelehnt.

Punkt 2: Zugausfälle auf der Bahnlinie RE 14 ("Der Borkener")

Berichterstatter: Herr Dr. Paßlick

Herr Dr. Paßlick teilt mit, aufgrund der Zugausfälle bei der NordWestBahn (NWB) in den vergangenen Monaten habe der ZVM als Aufgabenträger mit der Geschäftsführung Gespräche über die Hintergründe geführt und eine Abmahnung ausgesprochen. Er bitte die Fahrgäste, negative Erfahrungen dem ZVM bzw. dem VRR mitzuteilen.

Herr Maethner erklärt, die Kritikpunkte seien angesprochen und eine Einigung über das weitere Vorgehen erzielt worden. Bei einem Unfall im Bahnhof von Geldern in 2010 seien zehn Triebwagen der NWB beschädigt worden. Es habe in der Folge Schwierigkeiten beim Leasen von Ersatztriebwagen gegeben. Eine Reserve sei zwar vorhanden, aber nicht ausreichend. Durch den Einsatz neuer Fahrzeuge zum Fahrplanwechsel am 11.12.2011

werde der Fahrzeugbestand erweitert. Auch durch kurzfristige Erkrankungen der Lokführer und Wartung bzw. Reparatur der Züge sei es zu Engpässen gekommen. Mit einem bereits gestarteten Personalbeschaffungsprogramm und einer erweiterten Fahrbereitschaft von Bussen und Taxen bei Zugausfällen für den Schienenersatzverkehr versuche die NWB die Probleme in den Griff zu bekommen.

Herr Vering regt an, auf der Strecke Essen-Borken zwischen 18.00 Uhr und 19.00 Uhr sollten mehr oder längere Züge eingesetzt werden, da diese zumeist überfüllt seien.

Herr Geselbracht und Herr Geuckler antworten, die Anregung werde mitgenommen und mit dem VRR besprochen.

Auf die Frage von Herrn Vering zu einer besseren Information der Fahrgäste bei Änderungen des Zugplanes erklärt Herr Maethner, bei einem Zugausfall seien viele Bahnhöfe betroffen, die nicht alle mit zusätzlichem Personal ausgestattet werden könnten. Die NWB sei auf die Durchsagen oder Anzeigen auf den Bildschirmen in den Bahnhöfen angewiesen. Inzwischen könne im Internet der Abfahrtsmonitor benutzt werden. Außerdem werde das Servicepersonal aufgestockt.

Punkt 3: Verbesserung der Verkehrssicherheit auf der K63 - Kreuzungspunkt Ahaus Ottenstein

Berichterstatte: Peter Sonntag

Herr Sonntag erklärt einleitend, dass die geplante Baumaßnahme an der K 63 am Friedhof im Ortseingang Ottenstein nicht neu sei. Die Maßnahme stehe seit Jahren ohne festes Realisierungsdatum im Straßenbauprogramm. Im aktuellen Straßenbericht für 2011 sei eine Umsetzung im Jahr 2014ff. vorgesehen. Zur Notwendigkeit des Kreuzungsombaus heiße es im Bericht 2011, dass die Sichtverhältnisse im Knotenpunkt K63 (Zufahrt Sportgelände) für die querenden Radfahrer und Fußgänger äußerst schlecht seien. Hinzu komme, dass der motorisierte Verkehr oftmals mit überhöhter Geschwindigkeit in den Ortsteil fahre und eine Untersuchung ergeben habe, dass mit dem Umbau der Kreuzung zu einem Kreisverkehrsplatz alle wesentlichen Belange der Verkehrssicherheit und des Verkehrsablaufs sowie die Interessen der schwächeren Verkehrsteilnehmer angemessen berücksichtigt werden könnten.

Die Planung dieses Kreuzungsbereiches habe jedoch, so Herr Sonntag, auf Eis gelegen, da die Stadt Ahaus im Zuge einer Straßengeneralplanung im Stadtgebiet in Erwägung gezogen habe, in Ottenstein eine Ortsumgehung zu bauen, was die Situation der Kreuzung am Friedhof verändert hätte. Aufgrund geringer Verkehrsdichte sei diese Ortsumgehung aber vom Tisch, so dass der Kreuzungsombau an der K 63 in dem in Kürze zu verabschiedenden Straßenbauprogramm 2012 auf das Jahr 2013ff. festgelegt werden könne - vorausgesetzt, der Zuwendungsgeber akzeptiere diese Maßnahme.

Herr Schmeing stellt anhand von drei Übersichtsplänen, die als **Anlage 1 zur Niederschrift** beigefügt sind, die drei bislang diskutierten Varianten eines möglichen Umbaus des Verkehrsknotenpunktes K 63 am Ortseingang Ottenstein vor. Auf dem ersten Plan sei eine Lösung ohne Kreisverkehr dargestellt. Der Durchgangsverkehr werde auf den Westring geleitet und über eine sogenannte Aufständering sei die Textilstraße angebunden. Durch den notwendigen Abbiegevorgang werde die Geschwindigkeit auf der Textilstraße deutlich reduziert und eingebaute Querungshilfen trügen zudem zur Sicherheit der schwächeren Verkehrsteilnehmer bei.

Auch die zweite Variante sei bereits in Ottenstein vorgestellt und beraten worden. Der Kreisverkehr beanspruche jedoch Flächen vom Friedhofsgelände und sei daher auf Ablehnung gestoßen.

Die dritte Variante, die „Verschiebung“ des Kreisverkehrs Richtung Norden habe zwar den Vorteil, dass der Friedhof nicht berührt werde, doch müsse damit gerechnet werden, dass

aufgrund der Straßenlage mit hohen Geschwindigkeiten der Kreisverkehr durchfahren werde.

Herr Stienen gibt zu bedenken, dass bei der dritten Variante kein richtiger Kreisverkehr geschaffen werde. Ein Kreisverkehr sei nur sinnvoll, wenn alle Verkehrsteilnehmer gezwungen seien, im Kreis zu fahren. Bei dieser Lösung werde aber weiterhin zu schnell in die Textilstraße hineingefahren.

Vorsitzender Eisele und Herr Osterhues bedanken sich im Namen der Anwohner von Ahaus-Ottenstein für die Ausführungen und betonen, dass nun zeitnah eine Lösung gefunden werde solle.

Punkt 4: Zuschusserhöhung Münsterland e.V.**Vorlage: 0274/2011**

Berichterstatterin: Dr. Elisabeth Schwenzow

Herr Ehling, Geschäftsführer des Münsterland e.V., bedankt sich für die Möglichkeit, die Arbeit seines Vereins im Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr und Bauen vorzustellen. Er würde es begrüßen, einmal jährlich über die Tätigkeitsschwerpunkte referieren zu können, damit die Ausschussmitglieder auf dem Laufenden seien. Nach einem kurzen Rückblick über die Entstehung des Münsterland e.V. stellt Herr Ehling anhand einer Power-Point-Präsentation, deren Folien als **Anlage 2 zur Niederschrift** beigefügt sind, die Tätigkeitsfelder des Vereins sowie die Hintergründe für die Notwendigkeit einer Zuschusserhöhung dar.

Vorsitzender Eisele schlägt vor, über die Zuschusserhöhung noch nicht abzustimmen, sondern die Ausführungen über den Münsterland e.V. zunächst zur Kenntnis zu nehmen, da noch weitere Gespräche zwischen Herrn Ehling und einigen Fraktionen im Kreistag geplant seien. Dies wird im Ausschuss einhellig begrüßt.

Punkt 5: Anfragen

Auf die Frage von Herrn Eisele zu einer zusätzlichen Haltestelle „Gronau-Ost“ an der Bahnlinie Enschede-Münster antwortet Herr Geuckler, das Ansinnen werde weiter mit der DB und den niederländischen Vertretern besprochen. Eine Lösung sei derzeit nicht absehbar.

Punkt 6: Mitteilungen der Verwaltung

Keine

Ende des öffentlichen Teils